

VORSITZENDER DES BUNDESWEHRVERBANDES INFORMIERT SICH ÜBER SITUATION

Kirsch fordert klare Perspektiven

Die Bundeswehrreform schafft Unsicherheiten bei den Soldaten. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Oberst Ulrich Kirsch informierte sich gestern über die Situation in Delmenhorst.

VON RALF FREITAG

DELMENHORST. Mit deutlicher Kritik reagiert der Bundeswehrverband auf die unklaren Perspektiven der Soldatinnen und Soldaten im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes Oberst Ulrich Kirsch sagte während eines Besuches bei Oberbürgermeister Patrick de La Lanne, seit 1990 habe es bereits sechs Reformen gegeben. „Wir schleppen noch Unwuchten aus den bisherigen Reformen mit uns herum. Gleichzeitig greift das jetzt geplante Bundeswehr-Begleitgesetz viel zu kurz. Ich kann nicht erkennen, dass die jetzige Reform erfolgreich sein kann, jedenfalls nicht so, wie sie sich die Bundesregierung im jetzigen Gesetzentwurf vorstellt.“

Kirsch, der anlässlich des diesjährigen Standorttages der Standortkameradschaft Delmenhorst in die Garnisonsstadt kam, reagiert auf die in allen Standorten derzeit vernehmbare Unsicherheit bei allen Soldatinnen und Soldaten, was ihre künftige Verwendung angeht. Derzeit können viele Offiziere und Unteroffiziere lediglich kurzfristig planen. Das aber bringt große private Probleme mit sich. „Die Leute fragen sich, ob und wo sie ihre Kinder einschulen sollen, ob sie ihr Hauseigentum veräußern müssen und wie sie Beruf und Familie unter einen Hut bekommen. Und das alles vor dem Hintergrund unsicherer Stationierungs-



Brigadegeneral Volker Thomas (links) und der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Oberst Ulrich Kirsch haben momentan ein gemeinsames Thema: die Unsicherheit der Soldatinnen und Soldaten über ihre Perspektiven und die Wandlung der Bundeswehr zu einem modernen Arbeitgeber. In der Delmenhorster Kaserne diskutierten sie darüber mit Kommandeuren und Soldaten.

FOTO: ANDREAS NISTLER

und Beförderungsperspektiven“, so Kirsch.

Der Vorsitzende im Bundeswehrverband hofft nun auf Veränderungen im Rahmen der parlamentarischen Arbeit. Er geht davon aus, dass das Gesetz zur zweiten und dritten Lesung Ende Mai im Parlament zur Entscheidung ansteht, im Bundesgesetzblatt aber wohl nicht vor Ende Juli stehen wird. Erst dann könne man ernsthaft an die notwendigen Änderungen der Personalstruktur gehen.

Kirsch machte im Gespräch mit dem OB deutlich, dass es eine Personalstruktur geben müsse, die auch Beförderungen möglich mache. Dies sei aber vor dem Hintergrund einer verkleinerten Armee schwierig und gehe nur, wenn man Menschen, die vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, entsprechende Angebote mache. Diese seien aber bisher nicht in Sicht.

Oberbürgermeister Patrick de La Lanne bestätigte die Ansicht Kirschs. Auch

er habe anlässlich der Verabschiedung der Soldaten in den Kosovo diese Unsicherheit mitbekommen. „Früher gab es für Offiziere mehr Planungssicherheit. Das wird oft nicht in dem erforderlichen Maße von der Öffentlichkeit wahrgenommen“, so de La Lanne.

Kirsch machte deutlich, dass es in der Arbeits- und Lebenseinstellung bei jungen Menschen, auf die die Bundeswehr nun einmal setzen müsse, fundamentale Unterschiede zu den älteren Armeemitgliedern gäbe. Diese hätten sich in der Regel so eingerichtet, dass sie von einem festen Standort aus pendelten. „Für junge Menschen ist das kein Modell. Sie wollen Familie und Beruf in Einklang bringen und nicht pendeln. Ich befürworte das auch, denn die Familie ist die kleinste Keimzelle unseres Staates“, sagte Kirsch.

Deshalb müsse sich die Bundeswehr auch dienstorganisatorisch neu aufstellen. Als Beispiel nannte Kirsch den Sanitätsdienst. Hier liege der Frauenanteil bei 55 Prozent. Nun bekämen Frauen aber die Kinder mit entsprechenden Fehlzeiten. „Dazu bedarf es Springer-Ersatz im Personal, der aber bei der Struk-

turplanung überhaupt nicht vorgesehen ist“, so Kirsch.

Für den Bundeswehrverband seien daher drei entscheidende Forderungen maßgeblich: Für diejenigen, die vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden, müsse die Hinzuverdienstgrenze von 140 Prozent fallen. Sie mache in Zeiten des Fachkräftemangels keinen Sinn mehr. Weiterhin müssten Versorgungsansparungen an Soldaten auch nach fünfjähriger Dienstzeit ausgezahlt werden. Auch müsse es Regelungen für den Versorgungsausgleich beim vorzeitigen Austritt aus dem Dienst geben. Von der Versorgungsüberbrückung in Höhe von 1200 oder 1300 Euro könne niemand leben, der im Alter von 47 Jahren

aus dem Dienst ausscheide.

Insgesamt ist für den Vorsitzenden des Bundeswehrverbandes die Strukturreform nicht gut aufgesetzt. „Ein methodisches Vorgehen wäre einfach: Ich habe einen Auftrag und eine Armee und muss dann beides in Einklang bringen. Hier aber seien drastische Sparmaßnahmen der Ausgangspunkt gewesen. „Diese Reform war parteipolitisch und nicht militärpolitisch motiviert. Und Verteidigungsminister de Maizière muss nun die Scherben zusammenkehren, die ihm seine Vorgänger hinterlassen haben“, so Kirsch. Dies gelte auch für die Wehrpflicht-Aussetzung.

■ Ihre Meinung zum Beitrag: ralf.freitag@dk-online.de



Zum Auftakt des Standorttages besuchten die Vertreter des Bundeswehrverbandes das Rathaus. Von links: der Vorsitzende der Standortkameradschaft Oberst a.D. Jörg H.P. Zimmer, Oberbürgermeister Patrick de La Lanne, Verbandsvorsitzender Oberst Ulrich Kirsch, Bezirksvorsitzender Peter Strauß sowie der stellvertretende Vorsitzende der Standortkameradschaft Harald Mauritz.

FOTO: ANDREAS NISTLER

DELMENHORSTER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR DELMENHORST
GANDERKESEE · HUDE · HARPSTEDT · WILDESHAUSEN

Donnerstag, 10. Mai 2012

Die Bundeswehr muss sich bewegen

Verband fordert bessere Angebote für Soldaten, die gehen müssen und attraktivere Bedingungen für Freiwillige

Wann und wie die Halbierung des Delmenhorster Bundeswehrstandortes über die Bühne gehen wird und welche Soldaten davon betroffen sein werden – das steht noch nicht fest. Ebenso wenig wie deren Zukunft. Um diese sorgt sich der Deutsche Bundeswehrverband, der so etwas wie die Soldatengewerkschaft darstellt. „Wir müssen denen, die gehen sollen, ein attraktiveres Angebot machen“, hat Oberst Ulrich Kirsch, der Bundesvorsitzende des Verbandes, gestern während seines Delmenhorst-Besuches betont. Hinter sich weiß Kirsch etwa 200 000 Mitglieder.

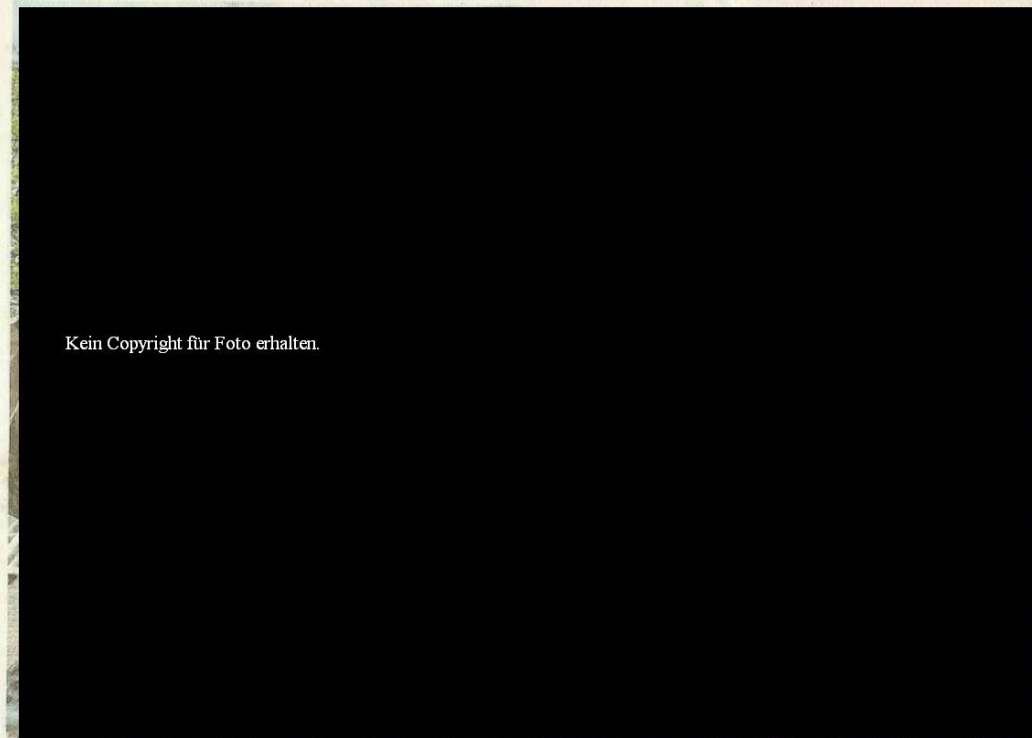
VON KAI PURSCHKE

Delmenhorst. Klappern gehört zum Handwerk. Gewerkschaften und Interessenvertretungen müssen in ihren Äußerungen prägnant sein, um in der Politik Gehör zu finden und ihre Forderungen durchzusetzen. Da überrascht es nicht, dass auch Kirsch als Sprachrohr des großen Verbandes sowohl im Gespräch mit Oberbürgermeister Patrick de La Lanne als auch später mit Brigadegeneral Volker Thomas markige Worte fand. Zumal die Presse gestern beide „Vier-Augen-Gespräche“ begleiten durfte.

Die aktuelle Lage nach dem Motto „Nach der Reform ist vor der Reform“ – die Bundeswehr musste seit der Wiedervereinigung sechs über sich ergehen lassen – war natürlich im Rathaus Thema. „Sie können sich noch glücklich schätzen“, wählte Kirsch angesichts der bevorstehenden Truppen-Halbierung in der Feldwebel-Lienthal-Kaserne eine Beschreibung, die Hausherr de La Lanne so nicht stehen ließ. „Das wäre übertrieben, aber immerhin bleiben wir erhalten“, entgegnete er dem Bundesvorsitzenden. Der erzählte, wie er nicht müde wird, die Forderungen seiner Interessensvertretung zu wiederholen – auch vor Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU). „Wir müssen schnell Sicherheit für die betroffenen Soldaten schaffen, denn derzeit sind sie unsicher, wie es mit ihnen und ihrer Familien weitergeht“, weiß Kirsch von den Verbandsmitgliedern. Er spricht von attraktiven Angeboten, die der Staat den aussortierten Soldaten machen muss. Das bezieht er beispielsweise auf die berufliche Tätigkeit nach der Zeit bei der Bundeswehr oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

„Unsere Leute können alle was“

Darauf zielen auch die Kernforderungen des Verbandes ab, der eine Hinzuverdienstgrenze für ausgeschiedene Soldaten ablehnt. „Das wäre auch nicht mehr zeitgemäß“, findet der Oberst, „denn es ist ja nicht so, dass die künftigen Ex-Soldaten jemanden den Arbeitsplatz wegnehmen“. Im Gegenteil: Bei dem herrschenden Fach-



Kein Copyright für Foto erhalten.

General Volker Thomas (links) und Bundeswehrverbandsvorsitzender Ulrich Kirsch (Mitte) sprachen über die Zukunft der Truppe. FOTO: INGO MÖLLERS

kräftemangel müsste man froh sein, denn: „Unsere Leute können alle was.“ Dass es die Deckelung der zusätzlichen Verdienstmöglichkeiten gibt, sei das Ergebnis einer Neiddebatte, sagte Kirsch. „Das Ding muss kippen.“ Außerdem fordert der Verband, dass jeder, der fünf Jahre gedient hat, seine sogenannten Versorgungsanwartschaften mitnehmen darf sowie andere Verwendungsmöglichkeiten für ältere Soldaten, die laut Gesetz mit 54 in den Ruhestand müssen, es aber nicht alle wollen.

Ein Dorn im Auge ist Kirsch die von Ex-Minister zu Guttenberg aus Spargründen realisierte Abschaffung der Wehrpflicht. „Es ist schwierig für den amtierenden Verteidigungsminister die Scherben zu sortieren, die herumliegen“, bilanzierte Kirsch. Er erzählte, dass weder auf dem CDU-nach auf dem CSU-Parteitag das Thema Wehrpflichtabschaffung in der gebotenen Ernsthaftigkeit diskutiert worden wäre.

„Das zeigt, wie wenig verantwortungsvoll die allgemeine Wehrpflicht zu Grabe getragen worden ist.“ Die Streitkräfte seien ein Spielball der Parteipolitik, dabei gelte: „Man muss mit ihnen sorgsam umgehen.“

Das bestätigte anschließend Volker Thomas, General der Logistikbrigade, im Rahmen des gestrigen „Standorttages“, dem Kirsch beiwohnte und mit einem Vortrag bereicherte. Thomas unterstrich, dass derzeit das A und O darin läge, „alle Soldaten zu informieren“ über die Entscheidungen, die andere für sie treffen. Er selbst wartet ebenfalls auf Informationen, die es im Juni geben könnte – so hatte es zumindest der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium Thomas Kossendey bei seinem jüngsten Besuch in Delmenhorst verkündet (wir berichteten).

Zur neuen Freiwilligenarmee, aus der etwa jeder Fünfte wieder austritt, hat der General eine deutliche Meinung: „Was ist

falsch daran?“ Schließlich hätten die Freiwilligen zumeist mehrere Eisen im Feuer, „so würde ich es meinem Sohn auch raten“. Dass sich die Bundeswehr nun mehr bewegen und werben muss, sei klar. „Aber werben heißt nicht überreden, sondern überzeugen.“ Und bewegen heißt, dass die Bundeswehr als Arbeitsplatz attraktiver werden muss – da sind sich die beiden erfahrenen Männer einig. Als Beispiel führte Thomas Vier-Mann-Stuben an, die keinen Intimbereich gewähren und auf Interessen abschreckend wirken könnten. Kirsch ergänzte, dass eine fairere Bezahlung nötig ist und eine „mit 2,25 Euro brutto“ vergütete Überstunde kaum Reiz versprühen dürfte. Die Rahmenbedingungen müssen also geändert werden, und Thomas erinnerte daran, dass viel Geld in den Standort Delmenhorst investiert worden ist. „Das ist nicht umsonst gewesen, das wird alles weiterhin gebraucht und genutzt.“

Nordwest Zeitung

ZEITUNG FÜR GANDERKESEE

Donnerstag, 10. Mai 2012

Ein Streiter für faire Bedingungen

BUNDESWEHR-REFORM Vorsitzender des Bundeswehrverbandes übt Kritik an Begleitgesetz

Das Bundeswehr-Reformbegleitgesetz muss nachgebessert werden, sagt Oberst Ulrich Kirsch. Am Mittwoch war der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes zu Besuch in Delmenhorst.

VON WOLFGANG BEDNARZ

DELMENHORST – Noch ist Ulrich Kirsch zuversichtlich: „Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist“, sagt der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes zum Reformbegleitgesetz. Der Bundestag wird das Gesetz voraussichtlich Ende Mai beraten. Die von Minister zu Guttenberg angestoßene Bundeswehrreform, die sechste seit 1990, harrt der Umsetzung. Außer den im vergangenen Herbst verkündeten Standortschließungen und -verkleinerungen ist noch nichts passiert. Anlässlich des Standorttages 2012 in der Feldwebel-Lilienthal-Kaserne informierte sich Kirsch vor Ort über die in Delmenhorst geplanten Veränderungen.

Am Morgen stand aber zunächst ein Besuch beim Oberbürgermeister auf dem Programmplan. Patrick de La Lanne verhehlte dabei nicht seine Unzufriedenheit mit der neuen Reform, betonte aber, dass er den Erhalt des Standortes Delmenhorst mit künftig nur noch 1400 Soldaten für



Oberbürgermeister Patrick de La Lanne begrüßte Oberst Ulrich Kirsch im Rathaus. Weitere Teilnehmer des Gesprächs waren (von links) Standortkameradschafts-Sprecher Jörg Zimmer, Peter Strauß, Bundeswehrverband-Bezirksvorsitzender, und Standortkameradschafts-Vorsitzender Harald Mauritz.

BILD: WOLFGANG BEDNARZ

„ein wichtiges Zeichen“ halte. „Die Bundeswehr wird sich darauf einstellen müssen, dass wir die Lebensmodelle junger Leute akzeptieren. Wer das nicht berücksichtigt, wird im Wettbewerb um die klügsten Köpfe und die geschicktesten Hände das Nachsehen haben“, sagte Kirsch im Gespräch mit de La Lanne. Bereits am Vorabend war der Oberst zu Gast bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, um über die Neuausrichtung der Bundeswehr zu referieren.

Nachbesserungen beim Reformbegleitgesetz verlangt der Bundeswehrverband

unter anderem bei folgenden Punkten: Die Zuverdienstgrenzen für ausgeschiedene Berufssoldaten gehören nach Meinung Kirschs abgeschafft. „Ordnungspolitisch gibt es dafür keinen Grund, es gibt nur eine Neiddebatte“, sagt der Vorsitzende des 200 000 Mitglieder starken Interessenverbandes der Bundeswehrangehörigen. Des Weiteren setzt er sich dafür ein, Versorgungsanwartschaften schon nach fünfjähriger Zugehörigkeit zu den Streitkräften auszuschießen. Bislang wurden die so erworbenen Ansprüche auf die Rente angerechnet. Auch ist der Verband dafür,

die starre Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Dienst im Alter von 54 Jahren aufzuheben, stattdessen für die Älteren andere Verwendungsformen zu finden. Schließlich verlangt der Bundeswehrverband für die Armeeangehörigen eine Neuregelung des Versorgungsausgleichs im Falle einer Scheidung. Bei der derzeitigen Regelung hätten ausgeschiedene Soldaten im Scheidungsfall kein Auskommen mit ihren Bezügen.

Am Nachmittag stand ein Besuch in der Kaserne auf dem Besuchsplan. Bei einem Treffen mit dem Kommandeur der Logistikbrigade 1

Eingreifkräfte, Brigadegeneral Volker Thomas, bekräftigte Kirsch, dass er sich für „faire Rahmenbedingungen“ bei der Umsetzung der Reform einsetzen werde. Das betreffe auch die Laufbahnerwartungen der Bundeswehrangehörigen. General Thomas unterstrich gegenüber dem Bundesvorsitzenden, dass er die Soldaten des Standorts in Bezug auf die Umsetzung der Reform auf dem Laufenden halte. „Ich habe mit jedem Soldaten, den es vermutlich betrifft, gesprochen, auch über die mögliche spätere Verwendung.“

→ Oldenburger Land